Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

216 (7.8.1922) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle und in unsr. Ausgabestellen abgeholt monatlich M 43.—, frei Haus geliefert monatlich M 48.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen M 48.—; durch die Post einschl. Zustellungsgebühr M 48.— monatlich. Einzelverkauf Werktags 2.— Sonntags 3.— M.

Postscheckkonto Nr. 9547 Karlsruhe. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum M 7.50; auswärts M 9.—; Familienanzeigen u. Stellengesuche M 5.—; Reklamezeile M 25.—; an erste Stelle M 30.—. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 8 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 208. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost.

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 428. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 216. — Montag, den 7. August 1922 — Erstes Blatt.

Die französische Wirtschaft gegen Poincaré.

ü. **Paris**, 4. Aug.

Die Kammer des nationalen Blocks hat es für gut befunden, dem Ministerpräsidenten Blankovollmacht zu geben, ehe sie in die Ferien ging. Ohne Gegengewicht, das das Parlament in seinen radikalen und sozialistischen Teilen immerhin bot, ist der unglückselige Mann seinen eigenen machtpolitischen Instinkten, die ihn wie ein böser Genius beherrschen, ausgeliefert. Seinen eigenen Instinkten, sowie der Peitsche einiger Rivalen und Chauvinisten, die das Verhängnis der französischen Nachkriegspolitik bilden: den Clemencisten, an ihrer Spitze André Tardieu, den Royalisten, angeführt von dem Sadisten Daudet. Gegenüber dieser Wahnsinnspolitik, die Europa im gegenwärtigen Augenblick an den Rand des Abgrunds gebracht hat, darf es nicht unausgesprochen bleiben, daß die gesamte französische Wirtschaftswelt über die neuste Entwicklung der Dinge geradezu entsetzt ist. Ich habe Gelegenheit gehabt, mich mit einigen hervorragenden Führern über die durch Poincaré geschaffene Lage zu unterhalten und gebe im Folgenden das Résumé ihrer Darlegungen:

Der verantwortliche Leiter einer der größten Wirtschaftsverbände für die kriegszerstörten Gebiete in Lille erklärte: „Wir sind, was man auch sagen möge, in den zerstörten Gebieten auf die deutsche Hilfe angewiesen. Unsere Industrie ist bei dem besten Willen außerstande, Rohstoffe und Fertigfabrikate in den gewünschten Mengen und rechtzeitig zu liefern. Gewiß beziehen wir sehr viel von England und aus Amerika: Aber diese Waren sind von jeher sehr teuer gewesen, und der neuerliche Rückgang des Frankens, der im Sturz der Mark seine Erklärung findet, ist für uns verhängnisvoll geworden. Es ist zu befürchten, daß infolge des deutschen Zusammenbruchs in finanzieller Beziehung auch die deutschen Sachlieferungen eingestellt werden müssen. Auf eine Anfrage, die wir an das Ministerium für die zerstörten Gebiete richteten, wurde uns eine Antwort zuteil, die nichts weniger als ermutigend klang. Dank der deutschen Hilfe konnten wir hoffen, etlichen vierzigtausend Leuten für den kommenden Winter Unterkunft und Beschäftigung zu verschaffen. Durch die Gewaltpolitik des Ministerpräsidenten ist wieder alles in Frage gestellt. Mag sein, daß er formell im Recht ist: Wir können das nicht beurteilen. Aber ist es nicht ein Verbrechen, sich auf Formalitäten zu versteifen, wenn das Wohl und das Wehe von Zehntausenden von Unglücklichen auf dem Spiel steht?"

In der „Daily News" lese ich ein Interview, das der Pariser Vertreter des Blattes mit Herrn Herriot, dem Vorsitzenden der radikalen Partei, gehabt hat. Einige Gedankengänge sind unzweifelhaft echter Herriot; über einige andere war ich ehrlich erstaunt. Im „Maison de Presse" hatte ich schon mehrmals Gelegenheit, mich mit Herrn Herriot über Reparationsfragen zu unterhalten; ich konnte nur immer die klare Erkenntnis und den gesunden Menschenverstand bewundern, die den Oberbürgermeister von Lyon in seinen Urteilen leiteten. Die Politik Poincarés hat er nie gebilligt. Er ist ein Gegner von jeglicher Gewalt, sei sie nun militärischer, politischer oder wirtschaftlicher Natur. Er ist vor kurzer Zeit aus Deutschland zurückgekehrt und sprach sich damals rückhaltlos über den Erfüllungswillen des jetzigen Kabinetts, nicht weniger aber auch über das Elend weiter Volkskreise aus. Artikel in der „Information" und dem Lyoner „Progrès", Blätter, die Herriot sehr nahestehen, dementieren übrigens die Aeußerungen der „Daily News", indem sie auf die verhängnisvollen Folgen der poincaristischen Gewaltpolitik hinweisen.

Am kategorischsten sprechen sich die Finanzleute und die Vertreter der Börse über den Wahnsinn der französischen Forderungen aus. Ich komme eben von einer Unterredung, die mir ein Verwaltungsdirektor des „Crédit Lyonnais" gewährte. Die Gedankengänge der Börse sind ungefähr folgende:

„Es ist unausbleiblich, daß der sinkende Markkurs den Franken mit sich ins Verderben zieht. Diese Entwicklung kann verzögert, nicht vermieden werden. Es wird immer offenkundiger, daß Deutschland und Frankreich auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen sind. Es ist Zeit, daß wir diese Zusammenhänge erkennen. Wollen wir uns selber töten, indem wir Deutschland vernichten? Kann Haß so groß sein, daß er bis zum Selbstmord führt? Ich kann es nicht glauben.

Kein rechtlich und wirtschaftlich denkender Mensch kann von Deutschland mehr verlangen, als es zu leisten in der Lage ist. Ich bin der Ansicht, daß Deutschland tatsächlich im gegenwärtigen Augenblick in Anbetracht der Markvaluta die geschuldeten Beträge nicht in bar entrichten kann. Ich will die Frage ununtersucht lassen, wer genau an dem Zusammenbruch der Mark schuldig ist: sie ist in Anbetracht der ungeheuren Not, der entsetzlichen Gefahr, die uns alle bedroht, von rein theoretischem, das heißt nebensächlichem Interesse. Alle diese formalistischen Tüfteleien waren vielleicht gut vor dem Krieg, als die Kanzleien sonst nichts zu tun hatten, das Leben seinen normalen Gang ging: heute aber, wo uns das Wasser bis an den Hals gestiegen ist, gleichen sie dem Redeturnier, das zwei ertrinkende Narren über die Ursachen des Sturmes sich liefern, das ihr Schifflein zum Scheitern brachte.

Was uns nottut, was uns allein retten kann, ist Solidarität, Solidarität, und nochmals: Solidarität. Jedes Land ist heute, auf sich allein angewiesen, dem Untergang geweiht. Für uns besonders gibt es nur dieses: Deutschland die Hand reichen zu friedlicher Zusammenarbeit, oder untergehen.

Da Sie zu deutschen Zeitungen sprechen werden, möchte ich Sie bitten, Ihre Leser nicht vergessen zu lassen, daß sich Frankreich in höchster Not befindet, daß es von Deutschland alle Anstrengungen erwartet, deren das große und arbeitsame Land überhaupt fähig ist. Der Krieg schlug uns größere finanzielle Wunden als ihm. Wir besitzen nicht den mächtigen wirtschaftlichen Apparat, der Deutschlands Stärke bedingt. Unsere schwebenden und fundierten Schulden werden in wenigen Jahren 500 Milliarden erreichen — bei dem derzeitigen Kursstand über dreißigtausend Milliarden Papiermark! Allein für die zerstörten Gebiete sind 90 Milliarden Franken verausgabt, weitere hundert Milliarden werden in den nächsten Jahren nötig sein. Wir müssen entschieden zu zwei sein, um solche gigantische Lasten zu tragen. Eine einzige Schulter muß notwendigerweise zusammenzubrechen. Wie man sieht, steht Poincaré mit seiner Politik isoliert da. Poincaré versucht zum letzten Male, der Wirtschaft mit Hilfe der Politik Gesetze vorzuschreiben.

Englands Vorschläge für die Londoner Konferenz.

Herabsetzung der Ausgleichszahlungen. — Stundung der Barzahlung für 1922 ohne neue Bedingungen. — Erleichterungen für 1923 und 1924.

Paris, 6. Aug. Die Reparationskommission behandelte den englischen Antrag, in dem es heißt: Die Reparationskommission ist der Ansicht, daß es notwendig geworden, für den Rest des Jahres 1922 alle von Deutschland zu leistenden Barzahlungen zu stunden. Die Kommission empfiehlt den alliierten Regierungen, alle Zahlungen auf Grund des Ausgleichsverfahrens zu suspendieren unter der Bedingung, daß die von der deutschen Regierung für diese Zeit angebotene Summe von 500 000 Pfund Sterling an die Reparationskommission abgeführt wird. Wenn die alliierten Regierungen diese Empfehlung annehmen, ist die Reparationskommission bereit, die Zahlungen zu suspendieren, die für das Jahr 1922 von den an Reparationen in bar zu entrichtenden Summen noch zu bezahlen sind. Wegen des dringenden Charakters der derzeitigen Lage hat die Kommission es nicht für notwendig erachtet, für das neue für 1922 zu gewährende Moratorium neue Bedingungen zu stellen. Es wird jedoch in aller Kürze notwendig sein, den Betrag der in den Jahren 1923 und 1924 von Deutschland zu fordernden Zahlungen zu bestimmen. Die für diesen Zahlungsaufschub zu stellenden Bedingungen werden als Bestandteil dieser Entscheidung mit in Erwägung gezogen werden. In ihrer Sitzung vom 3. August hat die Reparationskommission mit 3 gegen 1 Stimme beschlossen, die Beratung dieses Planes bis nach der Londoner Konferenz aufzuschieben.

Paris, 6. Aug. Nach einer Meldung des „Temps" aus London soll der von englischer Seite zu vertretende Standpunkt in der Moratoriumsfrage folgender sein: Die Reparationszahlungen wären bis Ende 1922 zu stunden, ohne daß dafür Deutschland irgend eine Bedingung gestellt würde. Ueber die 1923 und 1924 zu fordernden Zahlungen hätten sich die Alliierten bereits jetzt zu verständigen. Diese Zahlungen sollen mit Einschluß der Sachlieferungen nicht mehr als den dritten Teil der im Londoner Statut vorgesehenen Jahreszahlungen betragen. Für diese beiden Jahre hätten die Alliierten Deutschland gewisse Bedingungen zu stellen, z. B. Herstellung des Budgetgleichgewichts. Da es der englischen Regierung nicht möglich gewesen sei, diese Vorschläge von der Reparationskommission prüfen zu lassen, so sei es nach dem „Temps" wahrscheinlich, daß Lloyd George sie am Montag der Londoner Konferenz unterbreiten werde.

Poincaré nach London abgereist.

Paris, 6. Aug. Ministerpräsident Poincaré und Finanzminister de Lasteyrie haben heute mittag die Reise nach London angetreten. Mit dem gleichen Zug reiste der aus Rom hier eingetroffene italienische Minister des Aeußern, Schanzer, den der italienische Schatzminister Paratora begleitet. Auch der englische Vertreter in der Reparationskommission, Sir John Breadbury, ist heute mittag nach London abgefahren.

London, 6. Aug. Die Mitglieder der französischen, belgischen und italienischen Delegation zur Reparationskonferenz sind heute abend in London eingetroffen und u. a. von Lloyd George und Sir Horne begrüßt worden. Die erste Sitzung solle Montag vormittag 11 Uhr stattfinden.

Die Gewaltmaßnahmen.

Paris, 5. Aug. Zu der in dem amtlichen Communiqué angekündigten Suspendierung des Abkommens über die Zurückerstattung von Mobiliar, das von deutschen Eigentümern in Elsaß-Lothringen zurückgelassen worden ist, bemerkt der „Temps", daß diese Maßnahme bezwecke, es den Deutschen in Elsaß-Lothringen unmöglich zu machen, der Durchführung späterer Maßnahmen durch Vermögenshinterziehung zuvorkommen.

Dem „Matin" zufolge sind nach einer Mitteilung des Pressebüros des Oberkommissars von Elsaß-Lothringen die Banken und Finanzinstitute jeder Art in Elsaß-Lothrigen nicht mehr berechtigt, Personen deutscher Staatsangehörigkeit Wertpapiere oder Gelder, die in den Banken oder Kreditanstalten niedergelegt sind, oder deren Zinsen auszubezahlen.

Der „Temps" erfährt aus Straßburg, daß der elsässische Abgeordnete Karl Frey gestern Poincaré in einem Briefe auf die Nachteile gewisser Sanktionen und die üblen Wirkungen hingewiesen habe, die sie in Elsaß und Lothringen haben würden. Der Brief ist von zwei weiteren elsässischen Abgeordneten, Walter und Müller, die sich gegenwärtig in Straßburg aufhalten, gegengezeichnet.

Der französische Sozialistenführer Abg. Leo Blum schreibt unter der Ueberschrift: „Unglückliches Land" im „Populaire": Man ist daran, aus Elsaß-Lothringen die Hunderttausend Deutschen auszuweisen, denen man gestattet hatte, dort zu wohnen und die von einem Tag zum andren Naturalisierung erwartet hatten? Depeschen aus Straßburg haben das widerrufen, aber das Dementi besagt nicht viel. Sicher ist, daß das ganze französische Elsaß schon im voraus gegen diesen unbegreiflichen Plan Protest erhoben hat.

t. **Paris**, 7. Aug. Das „Journal" behauptet, daß in Straßburg im Zusammenhang mit den von der französischen Regierung angekündigten Wiedervergeltungsmaßnahmen bereits gestern sechs Ausweisungen Deutscher erfolgt sind. Gleichzeitig hat das Generalkommissariat in Straßburg ein Dekret erlassen, das u. a. folgendes enthält: Vom Datum des Dekrets an werden Wertpapiere einkassiert und keinerlei Bankaufträge auf die Konten und Depots deutscher Staatsangehöriger angenommen. Sämtliches Guthaben der Deutschen wird als sequestriert betrachtet.

Das amtliche Wort der Anordnungen zu Zwangsmaßnahmen.

Das Schreiben der französischen Regierung, in dem der deutschen Regierung die angeordneten Zwangsmaßnahmen mitgeteilt werden, ist am Sonntag in Berlin eingegangen. Es zeigt einige Abweichungen von dem Text, der durch Havas am Samstag abend verbreitet wurde. Es heißt darin:

1. Die Ausgleichsämter von Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres jede Anerkennung deutscher Forderungen zu unterlassen.

2. Die Ausgleichsämter von Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres jede Zahlung von Entschädigungen für Rechnung der deutschen Regierung zu unterlassen. Die Zahlung von Entschädigung bleibt jedoch bis auf weiteres eine direkte Verpflichtung Deutschlands und diese Entschädigungen können im voraus dem Eigentum der deutschen Staatsangehörigen entnommen werden, das auf französischem Gebiet vorhanden ist oder sich unter französischer Kontrolle befindet.

3. Die Ausgleichsämter von Paris und Straßburg sind angewiesen, jede Mitteilung an das deutsche Ausgleichsamt über den Erlös von Liquidationen deutschen Eigentums in Frankreich zu unterlassen.

4. Die Generalkommission der Republik in Straßburg ist angewiesen, bis auf weiteres die Ausfuhr des unter das französisch-deutsche Abkommen vom 15. November 1919 fallenden deutschen Mobiliars aus Elsaß-Lothringen zu verhindern.

5. In Elsaß-Lothringen werden sofort Maßnahmen zwecks Sicherstellung ergriffen.

Falls die verschiedenen Maßnahmen zur prompten Regelung der Frage nicht ausreichen, werden sie durch weitere progressive Maßnahmen ergänzt werden.

Truppenverschiebungen.

Paris, 6. Aug. Nach der Meldung einer Nachrichtenagentur aus Grenoble werden seit zwei Tagen zahlreiche Artillerietruppen mit Material und Genietruppen mit Booten auf dem dortigen Bahnhofe mit unbekanntem Bestimmungsorte verladen.

Treu zum Reich.

t. **Köln**, 6. Aug. Die „Kölnische Zeitung" schreibt in ihrem dieser Woche erscheinenden Artikel „Umschau und Ausschau" u. a.: Die Rheinländer sagen heute den Staatsmännern in London: bleibt unser Land nicht deutsch, wie es heute ist, so wird kein Friede in Europa werden; und wird der alte Geist der Völkerfehde nicht von neuem Geist der Gemeinsamkeit abgelöst werden, so bleibt auch der Völkerbund eine Gemeinschaft der Sieger, in der Deutschland nichts zu suchen hat.

Die Volkspartei in Bayern.

Berlin, 6. Aug. (Drahtber.) Wie der Berliner Lokalanzeiger aus München berichtet, hat Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann auf einem Vertretertag der Deutschen Volkspartei des Reichstagswahlkreises Oberbayern — Schwaben Bericht erstattet über die Vorgänge bei den Reichsschutzgesetzverhandlungen. Im Gegensatz zu der bisherigen Haltung des Landesvorstandes sprach der Vertretertag Dr. Stresemann seinen Dank und volle Zufriedenheit für die erfolgreiche Vertretung der bayerischen Interessen bei der Verabschiedung des Reichsschutzgesetzes aus. Die Bildung der Arbeitsgemeinschaft der Mitte im Reichstag wurde als Voraussetzung der Aenderung der parlamentarischen und politischen Verhältnisse begrüßt. Nach eingehenden Verhandlungen nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der die Einmütigkeit der Reichsregierung und der deutschen Parteien für die Zurückweisung der französischen Drohungen begrüßt wurde und der Erwartung Ausdruck gegeben wurde, daß das deutsche Volk einmütig und unbeugsam bleibe in der Verteidigung unserer unveräußerlichen Rechte auf den Fortbestand eines selbständigen Deutschlands.

Dienstprämien für Eisenbahner.

t. **Berlin**, 6. Aug. Wie der „Lokalanzeiger" hört, hat der Reichsverkehrsminister gestern die Tarifausschüsse der Eisenbahnerorganisationen zur Beratung zusammengerufen. Die Reichsbahnverwaltung kündigte an, daß man für den Herbst mit einem völligen Zusammenbruch des Verkehrs rechnen müsse, wenn nicht schleunigst Maßnahmen ergriffen würden. Das Reichsverkehrsministerium unterbreitete schließlich den Tarifausschüssen folgenden Vorschlag: Zur Erhöhung der Arbeitsfreudigkeit des Personals werden Dienstprämien gezahlt und zwar nach dem Verhältnis der vor einiger Zeit eingeführten Rangierzulagen. Man beabsichtigt zwischen höchster und allerhöchster Anspannung zu unterscheiden.

Die Ausfuhrabgabe.

Berlin, 6. Aug. Der Ausfuhrabgaben-Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates sprach sich gestern mit 3 gegen 2 Stimmen (der Ausschuß hat 6 Mitglieder) grundsätzlich für eine Anpassung der Ausfuhrabgaben an den Valutastand aus. Dafür stimmten die Arbeitnehmer und der Vertreter der freien Berufe, dagegen die Arbeitgeber des Handels und der Industrie. Ueber die Höhe der etwaigen Zuschläge wurde ein Beschluß noch nicht gefaßt. — Hierüber verbreitete anders lautende Pressemeldungen entsprechen nicht den Tatsachen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Drohende Gefahren für die deutsche Justiz?

Von Otto Thiel, M. d. R.

Eine unbestechliche Rechtsprechung, gehandhabt vor gut vorgebildeten, durch stark ausgeprägten Berufsstolz bestimmten Richtern, ist eine der ersten Voraussetzungen für die gesunde innere staatliche Entwickelung eines Volkes. Durch die Schutzgesetzgebung hat diese Wahrheit an Geltung und an Wichtigkeit für uns nur noch gewonnen. Denn kein Volk der Welt würde durch eine mangelhafte Justiz in seiner Zukunft so bedroht werden wie das deutsche Volk, dessen stark ausgeprägtes Rechtsgefühl in dieser Beziehung allzu leicht verletzlich ist. Der deutsche Richterstand ist unberührt über die Revolution hinweg in die Gegenwart hineingerettet worden als eine der wertvollsten Ueberlieferungen des alten kaiserlichen Deutschlands. Auch im Auslande begegnet der deutsche Richter nach wie vor uneingeschränkter Hochachtung.

Die deutsche Sozialdemokratie war durchaus konsequent, wenn sie den starken Pfeiler staatlicher Autorität, den die deutsche Justiz bildete, mit allen ihr geeignet erscheinenden Mitteln berannte. Es wäre verwunderlich, wenn sie nach der Revolution nicht alles daran gesetzt hätte, um die Justiz in ihre politische Gewalt zu bekommen, um sie so zu einem Machtinstrument ihrer politischen Absichten umzugestalten. Als Mittel zu diesem Zweck dient ihr zunächst die Fortsetzung ihrer alten Politik, die deutsche Rechtsprechung, die es ablehnt, sich einseitig in den Dienst einer Klasse zu stellen, als Klassenjustiz in Verruf zu bringen. Man verfährt dabei so, daß man zahlreiche Urteile nebeneinander stellt, die bei sachlicher Prüfung nicht miteinander vergleichbar sind, und daraus den Schluß zieht, daß der deutsche Richter von heute zu stark befangen sei in gesellschaftlichen Vorurteilen der „herrschenden Klasse". Daß es unter den hunderttausenden von Urteilen der deutschen Gerichte auch Fehlurteile gibt, die ernste Kritik hervorrufen, daß auch unter den deutschen Richtern wie unter den Angehörigen aller Stände es solche gibt, die ihren Beruf nicht mit der Hingabe dienen, die zum Wohle des Volksganzen notwendig ist, soll nicht bestritten werden. Wie wenig aber der sozialdemokratische allgemeine Vorwurf der Klassenjustiz Berechtigung hat, das hat der preußische Landtagsabgeordnete Regierungspräsident a. D. von Campe noch kürzlich in den „Deutschen Stimmen" in einer Abhandlung über den deutschen Richter treffend nachgewiesen.

Die Sozialdemokratie ist sich dieser Schwäche ihrer Frontalangriffswaffen gegen die deutsche Justiz bewußt und das deutsche Volk, das in seiner weit überwiegenden Mehrheit das Vertrauen zu den deutschen Richtern nicht verloren hat, wiegt sich in der trügerischen Annahme, daß hier jede Gefahr ausgeschlossen sei. Unterdessen verfolgen die Sozialdemokraten ihr Ziel beharrlich weiter, und zwar mit einer Geschicklichkeit, die einer besseren Sache würdig wäre. Es ist ihnen gelungen, das Reichsjustizministerium durch einen Parteimann zu besetzen, der mir nach seinem Auftreten bei der Schutzgesetzgebung hinreichend verdächtig zu sein scheint, daß er den Bestrebungen der Sozialdemokratie unsere heutige ordentliche Gerichtsbarkeit auszuhöhlen und dadurch dieses Gebäude dem Verfall preiszugeben, nicht den gebotenen Widerstand entgegensetzt. Es ist deshalb Zeit, daß die deutsche Oeffentlichkeit auf die Gefahren hingelenkt wird, die dem deutschen Rechtswesen drohen.

Die Taktik der Sozialdemokratie läuft darauf hinaus, durch die Schaffung neuer Sondergerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit immer neue Teile ihrer bisherigen Zuständigkeit zu entziehen. Träger der Sondergerichte sollen die Verwaltungsbehörden sein. Der starke Einfluß, den die Sozialdemokratie in den Gemeindeparlamenten gewonnen hat, soll dazu benutzt werden, den parteipolitischen Einfluß bei der Besetzung dieser Gerichte systematisch anzuwenden. Wenn diesen Bestrebungen gegenüber die nichtsozialistischen Parteien keine geschlossene Abwehrfront bilden, geht die deutsche Justiz schweren Zeiten entgegen.

Von diesem Gesichtspunkte aus muß der heute in erster Linie innerhalb der verschiedenen Richtungen der deutschen Gewerkschaften ausgetragene Meinungsstreit über die Gestaltung eines Arbeitsgerichtsgesetzes daraufhin geprüft werden, welche Stellung vom Standpunkt derer geboten ist, die in der Verwirklichung der sozialistischen Pläne eine Gefahr für die deutsche Zukunft sehen.

Von der gesamten organisierten Arbeitnehmerschaft wird seit langen Jahren der Umstand beklagt, daß einzelne Gruppen von Arbeitnehmern, so z. B. die Landarbeiter, das Hausgesinde, die Büroangestellten und zahlreiche sonstige Arbeitnehmergruppen, darüber hinaus auch die gesamte Arbeitnehmerschaft in kleineren und mittleren Gemeinden, in denen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nicht bestehen, sich mit ihrem aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Rechtsstreitigkeiten an die ordentlichen Gerichte wenden müssen. Das Verfahren vor den ordentlichen Gerichten erfordert einen größeren Zeitaufwand und höhere Kosten, ist zudem weniger auf die persönliche Seite des Arbeitsverhältnisses und auf die Notwendigkeit eines raschen Vergleiches eingestellt. Aus diesen Gründen kann man sich der weiteren Ausdehnung der Kaufmanns- und Gewerbegerichte nicht entziehen. In diesem Falle aber wird man doch vor die Frage gestellt, ob man den dann geschaffenen, geschlossenen Kreis einer neuen Gerichtsorganisation für alle arbeitsrechtlichen Streitigkeiten völlig und für alle Zeiten jeder organischen Verbindung mit unserer übrigen Gerichtsbarkeit entziehen darf. Diese Frage soll in einem weiteren Artikel geprüft werden.

Aus Baden

Rastatt, 6. Aug. Der Neubau der hiesigen Reichsbankfiliale in der Bahnhofstraße ist nunmehr begonnen worden. Bauausführende Firma ist Herr Karl Jägel, hier.

H. **Baden-Baden**, 5. Aug. Ein schwerer Diebstahl wurde hier in der vergangenen Nacht ausgeführt. In dem großen Modewarengeschäft von Steinberg in der Langestraße, das erst vor einigen Tagen als Zweiggeschäft der bekannten Düsseldorfer Firma eröffnet wurde, schlugen die Diebe ein großes Schaufenster ein und stahlen eine Partie echter Nerzfelle im Gesamtwerte von 750 000 M. Die Kriminalpolizei hat sofort die Verfolgung der Täter aufgenommen. Von der Firma wurde eine Belohnung von 30 000 M auf die Ermittlung der Täter bezw. auf Angaben zur Wiedererlangung der Nerzfelle ausgesetzt.

Offenburg, 6. Aug. Beim Baden in der Badanstalt der Eisenbahnkantine verunglückte die Ehefrau des Schaffners Ehret. Anscheinend hat während des Badens ein Schlaganfall ihrem Leben ein Ende gemacht.

Freiburg, 6. Aug. Der Verein badischer Pflanzenzüchter veranstaltet am 10. September in Freibung in der Sinnerhalle eine größere öffentliche Versammlung für den weiteren Ausbau der Pflanzenzüchtung in Baden. Von Sachverständigen werden wichtige Referate gehalten. Der Verein hofft auf Grund des volkswirtschaftlichen Charakters der Vereinigung auf eine rege Beteiligung.

Niederhof (A. Säckigen), 6. Aug. Vor einigen Tagen wurde der Bürgermeister Kraß durch einen bei ihm wohnenden Ernst Huber aus Basel um Wertsachen von zirka 7000 Mark bestohlen. Kraß wollte dem Arbeitslosen eine Stelle verschaffen und wurde dafür in seiner Abwesenheit bestohlen.

Aus dem Stadtkreise

Erhöhung der Gebühren im Paket- usw. Verkehr nach dem Ausland. Der deutsche Gegenwert der Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket- und Telegrammverkehr sowie für Ferngespräche nach dem Ausland ist mit Wirkung vom 7. August an auf 160 Mk. festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Auslande maßgebend. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

Der Goldankauf in dieser Woche. Der Ankauf von Gold durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 6. bis 12. August zum Preise von 2500 M für ein Zwanzigmarkstück und 1250 M für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechend höhere Preise bezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 7. August ab zum 60fachen Betrag des Nennwertes.

Gehaltsbewegung der Bankangestellten. In einer am 3. August in Karlsruhe vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten einberufenen öffentlichen Bankangestellten-Versammlung, in der über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Bankangestellten referiert wurde, gelangte nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die am 3. August 1922 im Colosseum versammelten Karlsruher Bankangestellten fordern von ihren Organisationen die sofortige Einleitung von Verhandlungen mit dem Reichsverband der Bankleitungen zwecks baldigster Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe von mindestens 6000 M für alle Angestellten. Daß die am 4. Juli d. Js. mit dem Reichsverband der Bankleitungen getroffene und praktisch bis Ende September geltende Vereinbarung unhaltbar ist, zeigt die Tatsache, daß der Dollar, der am Tage der Vereinbarung Anfang Juli gegen 400 stand, in der Zwischenzeit auf mehr als das Doppelte gestiegen ist zu schwindelhafter Höhe von zeitweise über 850. Da sich die Preise der katastrophalen Markentwertung alsbald anpassen, bleibt den Bankangestellten nichts anderes übrig, als genannte Forderung aufzustellen und ihre Durchsetzung zu versuchen, um nicht noch weiter zu verelenden."

Menschenansammlung. Während der Feststellung der Persönlichkeit eines wegen Ruhestörung Festgenommenen sammelten sich am Sonntag früh ½1 Uhr vor der Polizeiwache Mühlburger Tor etwa 200 Personen an. Ein Taglöhner aus Daxlanden, der sich bei der Menge befand, drang in die Polizeiwache ein, kam dort zu Fall und zog sich Verletzungen im Gesicht zu. Da er auf der Straße sodann fälschlich angab, er sei auf der Polizeiwache geschlagen worden, nahm die Menschenmenge eine drohende Haltung gegen die Polizeiwache ein, konnte aber durch herbeigerufene polizeiliche Verstärkungen zerstreut werden.

Ein Kellerbrand entstand auf unaufgeklärte Weise gestern nachmittag in einem Hause der Werderstraße. Die herbeigerufene Feuerwache löschte den Brand nach viertelstündiger Tätigkeit Der entstandene Schaden ist unbedeutend.

Erwischter Fahrraddieb. Am Samstag abend konnte durch einen hiesigen Polizeibeamten ein hier wohnhafter Hilfsarbeiter festgenommen werden, der kurz zuvor aus dem Hofe eines Hauses der Gottesauerstraße ein Fahrrad entwendet hatte.

Veranstaltungen.

Städt. Konzerthaus. Heute Montag abend gelangt für den Verein Volksbühne O/L das Volksstück „Das Glücksmädel" zur Wiedergabe An der Abendkasse sind noch Karten für das Publikum erhältlich. — Morgen Dienstag und täglich bleibt die mit großem Beifall aufgenommene Operettenneuheit „Der Tanz ins Glück" auf dem Spielplan. — In Vorbereitung befindet sich die Operette „Die tolle Komteß" von Walter Kollo.

Verschiedene Drahtmeldungen

Reichskanzler Dr. Wirth über Deutschlands Verarmung.

t. **Paris**, 7. Aug. „Newyork Herald" veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Korrespondenten mit Reichskanzler Dr. Wirth, der ausführte: Deutschland kann unmöglich seine Goldzahlungen weiter leisten, da ihm seine Vorkriegseinnahmen nicht mehr zur Verfügung stehen. Goldzahlungen hängen ab von der Ausfuhr. Infolge des Verlustes seiner Handelsflotte, infolge Verminderung der Produktion u. Beschränkung der Absatzgebiete beträgt die deutsche Ausfuhr kaum 30 Prozent der Vorkriegszeit. Außerdem müsse Deutschland augenblicklick 38 Prozent seines Brotgetreides einführen, anstatt 28 Prozent im Jahre 1914, wodurch andererseits die Einfuhr von Rohstoffen um so viel zurückgehe. Deutschland könne seine Zahlungen nur dann fortsetzen, wenn es eine internationale Anleihe erhalte. Im Auslande mache man sich eine falsche Vorstellung, wenn man behaupte, es genüge, wenn Deutschland neue Steuern mache, um große Summen in Gold zu erhalten.

Die Entwertung der Mark seine eine derartige, daß das Ausland die gesamte deutsche Industrie für wenige Milliarden Dollars kaufen könne. Dies wäre aber eine schlechte Kapitalanlage. Die Behauptungen von einem angeblichen Wohlstand Deutschlands seien falsch. Man könne das Gegenteil deutlich daran erkennen, daß der Fleischkonsum in Deutschland auf 76 Proz. des Konsums des letzten Friedensjahres gesunken sei.

Lloyd George als Geschichtsschreiber.

Berlin, 7. Aug. Nach einer Meldung der „Mittagspost" bestätigt der politische Mitarbeiter der „Sunday Times", daß Lloyd George im Begriffe ist, ein Buch über die diplomatische Geschichte des Weltkrieges zu schreiben. Man glaubt, daß die Veröffentlichung bereits im Frühjahr 1923 erfolgen werde.

Vom Wetter

Die Wetterlage hat sich wenig verändert. Ein von Frankreich vorstoßendes flaches Tiefdruckgebiet hat in Süddeutschland vereinzelt Gewitter gebracht. Sonst ist das Wetter im allgemeinen heiter und warm. Auf morgen ist meist heiteres warmes Wetter mit vereinzelten Gewittern, bei westlichen Winden, zu erwarten.

Tagesanzeiger.

Montag, den 7. August 1922.

Städt. Konzerthaus: „Das Glücksmädel". Abends 7½ Uhr.

Ausgabestellen
des
Karlsruher Tagblatts
für Mühlburg:
1. Wilhelm Altergott, Bäckerei, Hardtstr. 56.
2. Joh. Lähr, Zigarren-Geschäft, Nultsstraße 17.
3. Rich. Hartmann, Papierhandlg. Rheinstr. 71.
4. Fritz Speck, Spezereihandlung, Rheinstraße 62.
In diesen Ausgabestellen kann das Tagblatt im Abonnement abgeholt und auch einzeln gekauft werden.

Auskunftei Bürgel
Inhaber Carl Seippel.
Einzel- u. Abonnementsauskünfte für jedermann.
Wendtstraße 3, III, Telephon 455.
Zweigbüro, (für Einzel-Auskünfte) Kaiserstr. 215

Wie Graham Bell sein Telephon erfand.

(Zum Tode des Erfinders.)

Aus den Vereinigten Staaten kommt die Nachricht vom Tode Dr. Alexander Graham Bells, der soeben im Alter von 75 Jahren gestorben ist. Graham Bells Name wird für alle Zeiten mit einer der bedeutsamsten Erfindungen der Neuzeit verknüpft bleiben, er ist der Schöpfer des Mikrophons, mit dessen Hilfe das Telephon, die Erfindung des Deutschen Philipp Reis, für die Praxis brauchbar gemacht worden ist. Im Jahre 1925 wird ein halbes Jahrhundert seit Bells Erfindung verstrichen sein, und was der damalige Professor der Sprachphysiologie an der Universität Boston vor nunmehr 47 Jahren prophetisch gekündet hatte, das ist in einem von ihm selbst nicht geahnten Umfang wirklich und längst Ereignis geworden; der kaum noch durch Entfernungen begrenzte Sprechverkehr über Länder und Meere.

Graham Bell, der von Geburt Schotte und am 3. März 1847 in Edinburg geboren war, hat vor etwa zwei Jahren noch einmal die alte europäische Heimat besucht, aus der er im Jahre 1870, an den Universitäten von Edinburg und London gründlich wissenschaftlich ausgebildet, zuerst nach Kanada und zwei Jahre später nach Boston übergesiedelt war. Bell hat damals in England sehr interessant über den Weg geplaudert, der ihn zu seiner weltbeherrschenden Erfindung führte. „Als mich im Jahre 1877 oder 1878," so erzählte der berühmte Erfinder, „die Direktoren der damals eben organisierten Nationaltelephon-Compagnie befragten, was ich von der Zukunft des Telephons halte, erzielte ich einen stürmischen Heiterkeitserfolg, als ich ihnen in einem schriftlich ausgearbeiteten Exposé ein Bild des zentralen Vermittlungssystems entwarf, wie es heute besteht. Ich erschien den Herren als ein unverbesserlicher Illusionist, und mein Exposé hat häufig genug als schlagkräftiger Beweis für den Großmachtsdünkel eines Erfinders herhalten müssen. Mein ganzes Leben war übrigens dem Studium der Sprache und des Sprachmechanismus gewidmet. Mein Vater wie mein Großvater waren Professoren der Physiologie der Sprachwerkzeuge, so daß ich dieses Gebiet als eine Domäne meiner Familie ansprechen darf. Schon als kleiner Junge hielt ich es deshalb für meine Pflicht, alles zu lernen, was in das Fach der Verbesserung der Sprachmängel schlägt. Kaum den Kinderschuhen entwachsen, wirkte ich als Lehrer zu Elgin in Schottland, und mit 16 oder 17 Jahren machte ich dort die von mir damals für neu gehaltene Entdeckung, daß die Resonanz der Mundhöhle bei der Bildung verschiedener Vokalklänge eine Veränderung erfährt. Erst später kam ich dahinter, daß diese Theorie der Vokalklänge schon lange vorher von Hermann Helmholtz entdeckt worden war, der Vokalklänge durch verschieden abgetönte Stimmgabeln erhalten hatte. Da ich nicht deutsch lesen konnte, und auch in der Elektrizität nur schwache Kenntnisse hatte, so entstand bei mir die falsche Vorstellung, es sei Helmholtz gelungen, auf dem Wege der Elektrizität Vokalklänge zu übertragen. In diesem Irrglauben befangen, sah ich keinen Grund, weshalb die Sprache nicht auch übertragen werden könne, und aus dieser Vorstellung heraus machte ich meine ersten dahin zielenden Versuche.

Nachdem ich im Jahre 1870 nach Amerika gekommen war, ging ich sofort daran, durch Zuhilfenahme von Stimmgabeln Vibrationen zu fixieren, die die Ergebnisse von Helmholtz bestätigen sollten. Diese Versuche führten mich zu der Entdeckung der akustischen Vielfach-Telegraphie, die es ermöglicht, gleichzeitig mehrere Wechselströme verschiedener Frequenz ohne gegenseitige Störung eine Drahtleitung durchlaufen zu lassen, so daß durch Anwendung in verschiedener Tonhöhe abgestimmter Stimmgabeln eine Anzahl Nachrichten gleichzeitig befördert werden kann. Nebenher aber machte ich auch Versuche auf einem ganz anderen Forschungsgebiet, die darauf abzielten, den Taubstummen das Sprechen zu ermöglichen. Als ich nach Amerika kam, war ich in dem Glauben befangen, daß man taube Kinder zum Sprechen bringen könne. Die Meinung anderer, die dahin ging, daß Taubstumme, wenn sie zum Sprechen gebracht werden können, auch zum Ablesen von den Lippen zu erziehen seien, hielt ich damals für falsch. Ich wollte durch Anwendung wissenschaftlicher Instrumente etwas erreichen, was der Wirkung der durch das Sprechen verursachten Luftschwingungen gleich käme. Indem ich dem Taubstummen diese Luftschwingungen zum Bewußtsein brachte, gedachte ich, ihn zum Sprechen zu bringen. Mir schwebte dabei der Flammenapparat des deutschen Akustikers Rudolf König vor, der aus einem ausgehöhlten Stück Holz bestand, über dessen Höhlung eine Membrane gespannt war. Auf einer Seite der Membrane war ein Sprachrohr eingeführt, auf der anderen Seite war ein kleiner Gasbrenner mit einer kleinen Flamme angebracht. Die Schwingungen der Stimme wurden durch die Membrane hindurch zu dem Gas geleitet, wodurch die Flamme auf und ab bewegt wurde. Der Reflex dieser bewegten Flamme in einer Reihe von Spiegeln erzeugte verschiedene Wirkungen und schuf gelegentlich ein schön gebildetes Muster, das wie ein Stück Spitze in einer blauen Flamme wirkte. Ich experimentierte gleichzeitig mit Königs Phonautograph, das ich dadurch verbesserte, daß ich den Apparat nach dem menschlichen Ohr formte. Durch das Hineinsprechen erhielt ich auch auf einem berußten Glas ein Bild der Vibrationen. Wie aus dem Gesagten hervorgeht, verfolgte ich zwei gesonderte Wege der Forschung, von denen der eine darauf abzielte, eine Anzahl musikalischer Töne durch das Mittel der Vielfach-Telegraphie zu übertragen, während der andere, der den Taubstummen zugute kommen sollte, dem Studium der beim Sprechen hervorgebrachten Vibrationsformen galt. Als ich an einem Feiertag in Brantford im Kanadischen Staate Ontario weilte, kam mir plötzlich der Gedanke, an das Mittel, das wir heute als elektrische Induktionsströme bezeichnen. Durch die Kombinationen der Ergebnisse, die ich auf den beiden gesonderten Linien der Forschung erhalten hatte, wurde ich denn endlich auf den Weg gebracht, der mich zu der Erfindung des Telephons führte.

Am 11. August 1876 unterhielt sich Graham Bell von Brantfort aus zum ersten Male durch den Draht mit Mount Pleasant über eine Entfernung von 9 Kilometern. Im Oktober des gleichen Jahres sprach man schon von Boston nach Cambridge, im Februar 1877 von Chicago nach Milwaukee und vier Wochen später über die 457 Kilometer lange Strecke von Chicago bis Detroit. Damit hatte Graham Bell praktisch das vollendet, woran vor ihm Jahrzehntelang neben Philipp Reis die verschiedensten Forscher gearbeitet hatten. Im übrigen hatte Bell insofern großes Glück, als er in einem Millionenprozeß, in dem andere Erfinder ihm die Priorität streitig machten, vor dem höchsten Gerichtshof der Vereinigten Staaten ein obsiegendes Erkenntnis erstritt. Freilich hat sich Bell auch selbst sehr um die Ausbreitung seiner Erfindung als öffentliches Verkehrsmittel bemüht. Namentlich in Amerika entwickelte sich das Telephon riesenhaft schnell; am 25. Januar 1878 wurde schon das erste städtische Fernsprechnetz in New Haven dem Verkehr übergeben, und schon drei Jahre später gab es in den ganzen Vereinigten Staaten kaum mehr eine Kleinstadt, die nicht schon ihr Telephonnetz hatte. In Deutschland war es neben Stephan in erster Linie der verstorbene Emil Rathenau, der die ungeheuere Bedeutung dieses Verkehrsmittels erkannte und Stephans anfängliche Abneigung gegen die Einrichtung eines Fernsprechnetzes in Berlin zu besiegen wußte. Schuld an der Abneigung des damaligen Generalpostmeisters war freilich die Teilnahmslosigkeit der Berliner Geschäftswelt, von der anfangs kaum ein paar Dutzend Anschlußanmeldungen zu bekommen waren. Am 12. Januar 1881 wurde als erstes in Deutschland das Berliner Fernsprechnetz dem Verkehr übergeben, und wer jemals den Folianten des heutigen Berliner Teilnehmerverzeichnisses in der Hand gehalten hat, der weiß, wie sich in der Reichshauptstadt und unmittelbar darauf auch in allen anderen deutschen Gemeinwesen der Fernsprechverkehr entwickelt hat.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Mietzinsregelung.*)

VIII. (Schluß.)

In ihrer Schlußsitzung vom 1. August befaßte sich die städtische Mietzinskommission mit der gesetzlich vorgesehenen Sicherung der Instandsetzungen und dem auf Grund der gefaßten Beschlüsse vorzuschlagenden Entwurf einer städtischen Ausführungsvorschrift zum Reichsmietengesetz.

Für große Instandsetzungen ist der nach §§ 7, 22 des Reichsmietengesetzes, 5, 21 der Ausführungsverordnung von den Mietern zu zahlende Zuschlag, für welchen die Kommission einen Satz von 150 v. H. der Grundmiete vorgeschlagen hat, von dem Vermieter nach § 7 Reichsmietenges., 22, 23 der Ausführungsverordnung auf ein besonderes Hauskonto anzulegen. Das Hauskonto ist für jedes Haus besonders zu führen. Die Einzahlung der Beträge muß jeweils binnen 3 Wochen nach Empfang des Mietzinses erfolgen. Eine Verfügung des Vermieters über das Hauskonto bedarf der Zustimmung der Mieter.

Auf Antrag eines Mieters, der Gemeindebehörde oder von Amtswegen kann das Mieteinigungsamt anordnen, daß das Hauskonto zu sperren ist. Eine Sperre des Hauskontos soll insbesondere dann verfügt werden, wenn

1. der Vermieter (Hausbesitzer) seine Verpflichtungen wegen Verwendung der Zuschläge, Führung des Hauskontos und Auskunftserteilung in gröblichster Weise verletzt, oder

2. wenn aus sonstigen wichtigen Gründen im Interesse der sachgemäßen Verwendung der Zuschläge eine Sperre des Hauskontos geboten ist.

Die Sperrung des Hauskontos hat zur Folge, daß Mittel aus dem Hauskonto nur auf Grund einer Zahlungsanweisung des Mieteinigungsamts abgehoben werden dürfen. Das Mieteinigungsamt kann in diesem Falle auch anordnen, daß die Mieter den weiteren Zuschlag für große Instandsetzungsarbeiten unmittelbar auf das Hauskonto einzuzahlen haben. Rückständige Beträge können von den Mietern wie Gemeindeabgaben beigetrieben werden.

Hierzu wird von der Stadtgemeinde vorgeschlagen, daß die Hauskonten bei den Banken sollen geführt werden können, deren sich die Hausbesitzer auch sonst bedienen; nur die gesperrten Konten sollen bei der städtischen Sparkasse errichtet werden. Architekt Deines befürwortete diesen Vorschlag, weil dem Hausbesitzer viel kostbare Zeit verloren ginge, müßte er die Hauskonten bei anderen Banken führen lassen als denen, mit welchen er sonst arbeitet. Die Herren Kruse und Förschner wünschen, daß eine gleichartige Sicherung auch für die laufenden Instandsetzungen durchgeführt werde. Stadtrichter Neukum weist nochmals auf die Notwendigkeit hin, daß sich die einzelnen Mieter eines Hauses zusammentun und darüber einig werden, welche Instandsetzungsarbeiten am dringendsten sind, und daß sie über die Verwendung der aufgebrachten Beträge einen Haushaltsplan entwerfen. Bei Wechsel im Besitz des Hauses sei gewöhnlich der neue Hausbesitzer derjenige, der die erhöhten Beträge für die Instandsetzungen einnehme und verwenden müsse. Landgerichtsrat Dr. Fromherz stellt ohne Widerspruch in Uebereinstimmung mit früheren bezüglichen Aeußerungen fest, daß bei einem Wechsel des Hauseigentümers bisher erwachsene Instandsetzungspflichten gem. §§ 536, 537, 571 BGB. ohne weiteres in der Person des neuen Hauseigentümers zur Entstehung kommen und daß große Instandsetzungen durch das angewachsene Hauskonto, sei es gesperrt oder nicht gesperrt, gesichert bleiben, weile eine Verfügung des bisherigen Vermieters darüber ohne Zustimmung der Mieter bezw. des Mieteinigungsamts nicht zulässig ist. Nachdem Herr Abele vorgeschlagen, daß die Hauskonten nur bei der städtischen Sparkasse sollen errichtet werden dürfen, wird mit allen gegen 7 Stimmen ein Antrag des Herrn Förschner angenommen, daß auch andere Banken neben der Sparkasse zur Errichtung von Hauskonten ermächtigt werden sollen.

Wegen der laufenden Instandsetzungen bestimmt § 6 des Reichsmietengesetzes, daß der Instandsetzungszuschlag dafür, der von der Kommission in Höhe von 250 v. H. der Grundmiete vorgeschlagen ist, von dem Vermieter auch für die laufenden Instandsetzungen sachgemäß zu verwenden ist. Der Vermieter hat der Mietervertretung auf Antrag die Verwendung der Gelder nachzuweisen. Hat der Vermieter die Ausführung notwendiger laufender Instandsetzungsarbeiten unterlassen oder die Gelder nicht sachgemäß verwendet, so hat auf Antrag des Mieters, oder der Gemeindebehörde oder von Amtswegen das Mieteinigungsamt zu bestimmen, welche Instandsetzungsarbeiten, in welcher Weise und innerhalb welcher Frist sie auszuführen sind. Werden die vom Mieteinigungsamt getroffenen Anordnungen nicht innerhalb der gesetzten Frist vom Vermieter oder bei dessen Verzug vom Mieter (§ 538 B.G.B.) ausgeführt, so hat das Mieteinigungsamt auf Antrag des Mieters anzuordnen, daß die Arbeiten von der Gemeindebehörde oder einer von ihr zu bestimmenden Stelle auf Kosten des Vermieters ausgeführt werden. Die Ausführung kann nötigenfalls im Wege des polizeilichen Zwangs erfolgen. In der letzten Karlsruher Regelung war für solche Fälle die Ausführung durch den Grund- und Hausbesitzerverein vorgesehen; die Anordnung sollte auf Antrag durch das Mieteinigungsamt als Schiedsgericht erfolgen. Architekt Deines erklärt namens des Grund- und Hausbesitzervereins die Bereitwilligkeit, auf Wunsch die Aufgabe zu übernehmen. Stadtrichter Neukum teilt mit, daß bisher das Mieteinigungsamt nicht in die Lage gekommen ist, über einen derartigen Antrag zu entscheiden. Das beruht auf der kurzen Zeit des Bestehens dieser Möglichkeit; zudem bedurfte es bisher der Aufnahme der Vereinbarung im Mietvertrag. Jetzt gelten alle auf Grund des Gesetzes vom Mieteinigungsamte getroffenen Entscheidungen gem. § 15 des Reichsgesetzes als vereinbarte Bestimmungen des Mietvertrags. Rechtsanwalt Dr. Kullmann erachtet es als fraglich, ob die Gemeindebehörde gezwungen werden kann, für die Ausführung der Arbeiten eine andere Stelle zu bestimmen; falls der Mieter in zulässiger Weise von der Befugnis des § 538 BGB. Gebrauch gemacht, d. h. Mängel auf Kosten des Vermieters selbst beseitigt habe, im Mietvertrag aber Aufrechnung gegen die Miete ausgeschlossen sei, so sei die Rechtslage nach § 20 des Reichsmietengesetzes zweifelhaft. Der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Dr. Lewis, läßt dahingestellt, ob nunmehr trotzdem die Aufrechnung zulässig sei, jedenfalls könne der Mieter eine einstweilige Verfügung erwirken, daß ihm die Anrechnung auf die Miete gestattet werde, auch dürfte ein Zurückhaltungsrecht nicht zu beabreden sein. Herr Abele hält den Grund- und Hausbesitzerverein nicht für vereigenschaftet, die Ausführung von Instandsetzungen an Stelle der Gemeinde zu besorgen, und beantragt, daß die Gemeindebehörde selbst die Arbeiten ausführen müsse. Stadtrat Dr. Kullmann verlangt Beseitigung der Unklarheiten, die der § 20 des Reichsgesetzes zur Folge habe, insbesondere Aufhebung der Kündigungsklauseln des Mietvertrages des Grund- und Hausbesitzervereins, des Aufrechnungsverbots und der Verpflichtung des Mieters, Instandsetzungen bis zu einem gewissen Betrag (25 ℳ) selbst zu bezahlen. Die letztere Verpflichtung dürfte nach § 20 des Reichsgesetzes ohne weiteres erlöschen. Bürgermeister Schneider verwahrt sich gegen die Ausführung der versäumten Instandsetzungen durch die Stadtgemeinde selbst. Die Uebertragung an den Grund- und Hausbesitzerverein wird mit allen gegen 9 Stimmen gutgeheißen.

Die Beschlüsse der Mietzinskommission wurden in einem in seinen einzelnen Bestimmungen und schließlich in einer Gesamtabstimmung mit allen gegen 6 Stimmen angenommenen Entwurf einer

Städtischen Ausführungsvorschrift zum Reichsmietengesetz

niedergelegt, die lautet:

1.

Die Grundmiete beträgt im Regelfall gemäß § 4 Abs. 1 der Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz für Gebäude, die vor dem 1. Juli 1914 bezugsfertig geworden sind, 5 v. H. aus dem Grundsteuerwert vom 1. Juli 1914.

In den Fällen, in denen ausnahmsweise die Grundmiete aus der Friedensmiete zu errechnen ist, wird der nach § 3 Abs. 1 der Ausführungsverordnung abzuziehende Betrag auf 20 v. H. festgesetzt.

In Fällen des § 4 Abs. 2 der Ausführungsverordnung können solche bauliche Veränderungen oder Einrichtungen, die nach der letzten vor dem 1. Juli 1914 erfolgten Steuereinschätzung ausgeführt worden sind und den Wert des Hauses wesentlich erhöhen, auch dadurch berücksichtigt werden, daß der Miete ein Betrag in Höhe von 5 v. H. des für diese Veränderungen ausgegebenen Betrages zugeschlagen wird, soweit diese Kosten nicht bereits von dem Mieter ersetzt worden sind.

2.

Die Gesamtgrundmiete eines Gebäudes ist auf die einzelnen Wohnungen und sonstigen Räume innerhalb des Gebäudes angemessen zu verteilen. Bei der Verteilung ist von der Friedensmiete der einzelnen Mietverhältnisse auszugehen. Wenn dies zu unzulänglichen Ergebnissen führt, sind die derzeitigen Mieten zur Berechnung der Einzelgrundmiete vergleichsweise heranzuziehen. Ist hierdurch ein befriedigendes Ergebnis nicht zu erzielen, so empfiehlt es sich, die Verteilung der Gesamtgrundmiete auf die einzelnen Räume durch einen Sachverständigen vornehmen zu lassen, welcher hierbei deren Lage, Größe und Beschaffenheit zu berücksichtigen hat.

3.

Zu der Grundmiete tritt für Erhöhung der Kosten der hypothekarischen Belastung (einschließlich Erneuerungskosten) ein veränderlicher, erstmalig auf 12 v. H. der Grundmiete festgesetzter Zuschlag.

4.

Die Betriebskosten mit Ausnahme der Verwaltungskosten sind in ihrem nachgewiesenen tatsächlichen Betrag auf die einzelnen Mieter, soweit sie beteiligt sind, nach dem Verhältnis der Grundmieten umzulegen.

Die Verwaltungskosten werden erstmalig auf 15 v. H. der Grundmiete festgesetzt.

5.

Die Zuschläge für Instandsetzungsarbeiten betragen bis auf weiteres:

1. für laufende Instandsetzungsarbeiten 250 v. H. der Grundmiete,
2. für große Instandsetzungsarbeiten 150 v. H. der Grundmiete.

6.

Für Räume, die zu gewerblichen Zwecken hergestellt oder verwendet werden (§ 10 Abs. 2 RMG.), tritt zur Grundmiete ein weiterer Zuschlag und zwar für Werkstätten mit weniger als 20 Arbeitern in Höhe von 200 v. H., für alle übrigen gewerblichen Räume im Sinne des § 10 Abs. 2 des RMG. in Höhe von 300 v. H. der Grundmiete.

7.

Die in § 1 Abs. 2 der Ausführungsverordnung dem Vermieter zur Pflicht gemachten Anzeigen von Mietzinsvereinbarungen, die nach dem 1. Juli 1922 erfolgt sind und nach denen eine andere als die gesetzliche Miete zu zahlen ist, sind an das Mieteinigungsamt zu richten.

Die Anzeigen der Vermieter (Hausbesitzer) nach § 36 der Ausführungsverordnung über die Höhe der Miete für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit sind bei der städtischen Wohnungsfürsorgekasse einzureichen.

8.

Die Zuständigkeit der Ausführung von Instandsetzungsarbeiten nach § 20 Abs. 1 der Ausführungsverordnung wird auf den Grund- und Hausbesitzerverein übertragen.

9.

Hauskonten (§ 22 Abs. 2 AusfVO.) dürfen bei folgenden öffentlichen Kassen oder Geldinstituten errichtet werden:

Städtische Sparkasse, Badische Bank, Mitteldeutsche Kreditbank, Rhein. Kreditbank, Darmstädter Bank, Südd. Diskontogesellschaft, Ignatz Ellern, Veit L. Homburger, Privatspargesellschaft, Reichsbankstelle, Straus & Co., Vereinsbank.

Gesperrte Hauskonten (§ 28 AusfVO.) sind nur bei der Städt. Sparkasse zugelassen. An diese Stelle allein sind auch die Zuschläge für laufende und große Instandsetzungsarbeiten einzuzahlen, wenn das Mieteinigungsamt Anordnungen nach § 20 Abs. 3 AusfVO., § 8 Satz 4 RMG. erlassen hat.

In einem Schlußwort sprach Oberbürgermeister Dr. Finter den Mitgliedern der Mietzinskommission für ihre ernste, sachliche und ersprießliche Mitarbeit und dem Vorsitzenden für die unparteiische Leitung der Verhandlungen den Dank der Stadtverwaltung aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß, wie durch die Aussprache in der Kommission, durch sachliche Zusammenarbeit der Beteiligten bei der Ausführung das gegenseitige Vertrauen zwischen Hausbesitzern und Mietern auch fernerhin gefördert werde. Dr. Fr.

*) Vergl. die Artikel in Nr. 192, 195, 198, 204 und 215 des „Karlsruher Tagblatts".

Statt jeder besonderen Anzeige
Todes-Anzeige.
Sonntag früh 1/2 4 Uhr wurde uns unser liebes gutes
Mariele
im noch nicht ganz vollendeten 21. Lebensjahre durch den Tod entrissen.
Karlsruhe, den 7. August 1922.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie **Georg Fuchs.**
Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand nehmen zu wollen.
Trauerhaus: Rudolfstraße 13.
Beerdigung findet Dienstag 1/2 2 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.
Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Lgb.-Nr. 8291: 6 a 70 qm Acker am Karlsruher Weg.
Schätzung: 1000 ℳ
Versteigerungstagfahrt: Dienstag, 22. August 1922, vormittags 9 Uhr im Notariatsgebäude, Kaiserstraße 184.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.
Karlsruhe, den 4. August 1922.
Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Zwangsanleihe
Vorauszeichnungen
Der Zeichnungs-Kurs beträgt für Zeichnungen
im Juli 1922 . . . . 94 %
„ August 1922 . . . 96 %
„ September 1922 . . 98 %
und erhöht sich successive bis März 1923 auf 106 %
Wir erteilen kostenlos nähere Auskunft und nehmen Zeichnungen entgegen.
Handels- und Gewerbebank A.-G.
Telefon Nr. 587 u. 2422. — Friedrichsplatz 9.

Glanz- und Schraubstockarbeiten!
Günstige Gelegenheit zur Existenzgründung od. Betriebserweiterung bietet das alleinige
Fabrikations- und Vertriebsrecht
verschied. patent. teilw. staatl. geprüft. landwirtschaftl. Kleingeräte, sowie eines wirklich prakt. Küchenartikels, mit denen laufend. Massenumsätze zu erzielen sind. Zur Uebernahme ℳ 10000 erforderlich. Näh. durch Herrn **Dipp** am Montag, den 7. August von 2—6 und Dienstag, den 8. August von 9—12 und 2—6 Uhr, **Hotel Lutz, Karlsruhe,** gegenüber dem alten Bahnhof.

Offene Stellen

Kostümbüglerinnen
und
Lehrmädchen
sucht sofort
Färberei D. Lasch
Sophienstraße 28.

Einfaches Mädchen
zu einzeln. Dame gesucht. Von 8—9 1/2 u. 2—3 1/2 anzutreffen. Büro **Dietz,** Roonstraße 8, parterre.

Stellen-Gesuche

Fräulein, 33 Jahre, bisher in Bibliothek u. Buchhandel tätig, sucht passenden Wirkungskreis. Gut. Zeugnis steht z. D. Ang. unter Nr. 1382 ins Tagblattbüro erbeten.

Empfehlungen

Ihr Paßbild
in wenigen Minuten nur im **Photograph. Atelier,** Herrenstr. 38.

Verkäufe

Kinderlieg- und Sitzwagen u. Kinderklappstuhl zu verkauf. Lachnerstraße 8, 3. Stock rechts.

Kaufgesuche

Waffen
aller Art kauft
A. Böttcher, Adlerstr. 40.

Suche eine **Briefmarkensammlung** z. kaufen. Angebote unter Nr. 1143 ins Tagblattbüro erbet.

Telephon 1071
rufen Sie an, wenn Sie
Kleider, Schuhe, Möbel,
Wäsche etc. verk. wollen.
R. Billig, Markgrafenstraße 17.

Alt Gold-
Silber- Platin-
Gegenstände
Gebisse, Brennstifte
kauft zu höchstem Preis
L. Theilacker, Uhrmach. Hebelstraße 23, gegenüb. „Kaffee Bauer".

Alteisen, Altmetalle, Altpapier, Zelle, Lumpen, Säcke u. Flaschen
sowie **sämtliche Rohprodukte** kauft stets zu **höchsten Tagespreisen.**
Auf Wunsch wird Ware abgeholt.
Daniel Meier, Mühlburg,
Sedanstr. 15 Telephon 2915.

Tapeten
Reichhaltigste Ausw. niederste Preise. Uebernahme von Tapezierarbeiten.
H. Durand,
Douglasstraße 26.
Tel. 2435 b. d. Hauptp.
Lager in **Matten** und **Leisten.**

Die Kleinen Anzeigen im Karlsruher Tagblatt sind billig
sodaß Niemand die Kosten zu scheuen braucht, welche eine Kleine Anzeige im Karlsruher Tagblatt verursacht,
übersichtlich eingereiht
damit der Leser nicht lange suchen muß, sondern in den betreffenden Rubriken die verschiedenen Anzeigen rasch findet
und wirksam
weil bei der Zusammensetzung des Leserkreises das Interesse so vielseitig ist, daß sich fast für jedes Angebot Nachfragen, für jedes Gesuch Anerbieten finden, gleichviel ob es sich handelt um **Ankauf, Verkauf, Stellenangebote, Stellengesuche, Mobilien oder Immobilien, Läden, Wohnungen, Zimmer Kapitalien, Hypotheken, Geldangebote od. Darlehensgesuche, Verlorenes** usw.

STADTGARTEN
Dienstag, den 8. August 1922, abends von 8—11 Uhr:
Wagner-Abend
(Orchester: Harmonie-Kapelle)
Eintritt: Abonnenten: Erwachsene 4 Mk., Kinder 2 Mk., Nichtabonnenten: Erwachsene 10 Mk., Kinder 4 Mk. **Vorverkauf:** Verkehrsverein, Kiosk beim Hotel Germania und Stadtgartenschalterkassen.
Bei schlechtem Wetter fällt die Veranstaltung aus.

MTV 1846 e. V.
Während der Schulferien Turnen auf dem Turnplatz.
Kartenverkauf für die Aufführungen des Deutsch-Oesterr. Turnvereins Mürzzuschlag **am Samstag** 1/2 8 Uhr in der Festhalle, bei Platzmeister Weißenberger und den Vorverkaufsstellen (s. Plakat).
Preise: **20, 10 Mk.,** Schü- **5 Mk,**

Städtisch. Konzerthaus
Gesamtgastspiel des Neuen Operettentheaters Bonn
Leitung: Direktor Adalbert Steffter.
Heute Montag, abends 7 1/2 Uhr
Vorstellung für Verein Volksbühne O 5.
Das Glücksmädel
Morgen Dienstag, und tägl. abends 7 1/2 Uhr
Der Tanz ins Glück

Wald Heil
Wanderungen in die nähere und weitere Umgebung von Karlsruhe und in den Schwarzwald.
Neue Folge
Von E. Weiner
Taschenformat. In starkem Umschlag. Mit vier zweifarbigen Uebersichtskarten.
Preis Mark 5.—
ohne Karten Mk. 4.—
und Buchhändlerzuschlag
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und vom Verlag
Tagblatt Druckerei
Karlsruhe Ritterstraße 1

Deutschlandsreise der Jugendabteilungen des Mürzzuschlager Turnvereins aus der grünen Steiermark.
Samstag
den 12. August 1922, abends 1/2 8 Uhr
Festhalle
turnerische gesangliche Darbietungen
unter Mitwirkung der städt. Schülerkapelle.
An die
Karlsruher Einwohnerschaft
richten wir die Bitte, diese jugendlichen Sendboten Deutsch-Oesterreichs durch regste Beteiligung an dieser Veranstaltung herzlich zu begrüßen.
Vereinigte Karlsruher Turnvereine.
Bezirks-Verein der Deutsch-Oesterreicher.
Eintrittspreise: 20.–, 10.–, Schüler 5.– Mk.
Vorverkaufsstellen: Zigarrengeschäft **Steinmann,** Amalienstr. 14, **Herm. Hugel,** Schützenstr. 12, Zigarrengeschäft **M. Gehm,** Durlachertor, **Verkehrsverein,** Kaiserstraße, Sporthaus **Freundlieb,** Kaiserstr. 185, und an der Abendkasse.
Freitag, den 11. August, nachmittags 4 Uhr, **zwangloses Beisammensein** im Stadtgarten.

Robert Alois
Tuchfabrikant
Alois Mehler
und
Frau Maria, geb. Schwank
zeigen hocherfreut die Geburt ihres ersten Buben an.
Tirschenreuth (Bayern), 4. August 1922.

BESUCHSKARTEN
jeder Art liefert in tadelloser Ausführung die **Tagblatt-Druckerei,** Ritterstraße 1, Fernsprecher 297.

Karlsruher Tagblatt

Unterhaltungs-Beilage

Der Blinde und der Hund.

Von Hermann Horn.

Ich habe diese Geschichte aus zweiter Hand und weiß nicht, wie viel von ihr schon durch die Erzählung nach einem bestimmten Sinne umgeformt worden ist. Aber so gewiß, wie die Beweglichkeit des Geistes höchst wichtig für das Menschliche im allgemeinen wie für den einzelnen ist, so ist auch irgend ein fester Untergrund nötig, von dem aus er ausgehen und zu dem er zurückkehren kann. Sowohl die Menschen, die wir Skeptiker nennen (wenn wir nicht alle zuweilen so sind), als auch die allerpositivsten, die auf irgend einer herkömmlichen Anschauung, die vielleicht unumgänglich notwendig ist, um die Gesellschaft oder eine Partei zusammenzuhalten, — alle müssen immer wieder auf etwas Festes zurückkommen; es sei denn, einer habe nichts als Wut und Gebell in sich, worauf er dann eben, als auf sein Festes und Bleibendes, auf sein zerrüttetes Innenleben sich stützt.

Deswegen kann ich auch diese Geschichte glauben, wenngleich manche sie altmodisch nennen und mit schlechter Poesie oder Romantik in Zusammenhang bringen werden. Aber ist es nicht so, daß alles sich immer in ähnlicher Weise wiederholt und also auch irgendeinen verklärten Schimmer durch eine Geschichte abbekommen mag.

Der Erzähler hatte irgendwie die Bekanntschaft und nach und nach das Vertrauen eines dieser Kriegsblinden gewonnen, die, eine schwarze Brille im Gesicht, von einem Hund mit dem roten Sanitätskreuz und einer kleinen Glocke geführt, erfreulich raschen Schrittes durch die Straßen dahinschreiten. Ich habe welche gesehen, die eine heitere und zuversichtliche Miene zur Schau tragen, zuweilen auch eine Zigarre im Munde haben, als wollten sie sagen, seht her, ich hab's überwunden, mir geht's ganz gut.

Dieser eine hatte Maschinenschreiben gelernt, ging jeden Tag zu seiner Tätigkeit, liebte über alles seinen klugen und schönen Hund, der ihm nicht von der Seite wich, und lebte bei einer alten Witwe, die ihn bemutterte. Ich fürchte auch, daß mein Gewährsmann die Geschichte dieses Blinden erst aus dem Munde jener Frau hat, und sie nun also erst recht zu einer Mär geworden sein mag.

Dieser Blinde war vor dem Kriege bei einem reichen Manne Jäger gewesen und liebte Wald und Wild mehr als sein Leben, hatte auch eine schöne Jagd zu verwalten, auf der es sogar seine Aufgabe war, Hirsche zu hegen und zum Standwild zu machen.

Das ging auch, denn es gab einen schönen Brunstplatz dort, den es nur galt vor Unruhe zu bewahren, daß das Mutterwild mit seiner jungen Nachkommenschaft zur Herbstzeit die streunenden Hirsche um sich versammeln konnte.

Da wachte er denn über die Einsamkeit und die Ruhe dieses Platzes und mancher Hund, der sich kläffend hinter einem Stück Rotwild hierherwagte, mußte es mit seinem Leben bezahlen, während er den Bauern und Holzsammlern mit List und Scheltworten den Platz zu verleiden suchte.

Eines Tages mitten im Sommer, nachdem er in frühester Morgenstunde mit Freuden eine Anzahl weiblicher Tiere lange beobachtet hatte, hörte er plötzlich einen Hund laut jagen, und lief, was er konnte, den Wechsel zu erreichen, wo, wie er wußte, das Wild kommen mußte. Er atmete auch noch schwer, kam es schon in wilder Flucht rot an ihm vorbei und bald darauf folgte ein schöner getigerter Hühnerhund, der, als er ihn erblickte, stutzte und mit dem Schweif zu wedeln begann. Er kannte ihn auch wohl und hatte schon öfter mit ihm gejagt, denn er gehörte einem Bauern, der auch einmal eine Jagd besessen hatte und einst sogar sein guter Kamerad gewesen war. Nun war er mit ihm verfeindet, da er ihn im Verdacht der Wilddieberei hatte. Er war wohl ein so verfeinerter und guter Mensch, daß dieser Umstand ihn erst recht nicht etwas Ungutes gegen diesen Mann unternehmen lassen wollte. Er setzte daher noch mit Herzklopfen das schon angelegte Gewehr wieder ab, in seiner verwirrenden Unruhe nahm er es jedoch plötzlich wieder an die Schulter und als es krachte, hörte er ein lautes, winselndes Geheul des Hundes und sah das arme Tier sich schnellend im Kreise bewegen. Er wußte wohl, was das zu bedeuten hatte, daß der Aermste von den Schrotkörnern im Auge oder im Gehirn getroffen sein mußte, und schickte rasch den zweiten Schuß mit der Kugel nach. Aber in der Aufregung fehlte er und wie er rasch näher kam, gewahrte er das Tier, als wolle es von dem befreundeten Menschen Hilfe erflehen, auf ihn zuhinken und ihm den Kopf zustrecken, in dem die beiden Augen blutend ihn ohne Sehkraft anstarrten.

Dieser Anblick war so grauenerregend, daß er umkehrte und davonlief. Aber wie ward ihm zumute, als er nach einer Weile Umschau hielt und den Hund gewahrte, der auf seiner Fährte ihm nachgeschlichen kam.

Sein Herz klopfte gewaltig, aber er sah wohl die Notwendigkeit ein, der Sache ein Ende zu machen, und lud mit zitternden Händen sein Gewehr, als in der Nähe ein Pfiff ertönte und der Hund sich setzte und ein schmerzliches Winseln verlauten ließ.

Da empfand er, er könne jetzt keine Auseinandersetzung mit dem Herrn des Tieres ertragen, sprang vom Wege und schlich sich seitwärts durch den Wald, um nur nichts mehr zu sehen und zu hören.

Als er nach Stunden wieder zurückkehrte, war von dem Hunde nichts mehr zu sehen, nur etliche Blutstropfen erinnerten an ihn.

Das Bild des unglücklichen Tieres, das ja wohl nach seiner Erziehung auch ein Unrecht begangen hatte, das aber doch nichts dafür konnte, daß es seiner Jagdleidenschaft nachgegangen war, verfolgte ihn mit seinen bluterfüllten Augen und dem jammervollen Ausdruck oft bis in seine Träume. Er hörte auch bald von diesem und jenem, er hätte den Hund zu schanden geschossen, ja er sah auch einmal das Tier auf drei Beinen über den Hof des Bauern humpeln und machte, daß er rasch vorbei kam.

Er dachte sich auch, daß sein ehemaliger Freund und jetziger Feind die Sache nicht so vorübergehen lassen werde, gerade weil er nichts verlauten ließ und nahm sich in acht. Trotzdem, als er eines Tages auf eine kleine Waldwiese trat, sah er's drüben aus den Büschen aufblitzen und fühlte auf seiner Brust und an der rechten Wange harte Aufschläge und sprang rasch hinter schützende Bäume. Aber er schoß nicht wieder und ließ dem da drüben Zeit zu entfliehen.

Er wischte sich das Blut von den Wangen und knöpfte den Rock auf. Die Schrotkörner waren nicht tiefer als ins Fleisch gedrungen, und er sagte sich beinahe befriedigt: Nun soll er auch seine Rache gehabt haben, aber jetzt sind wir quitt, und weiter geht's nicht.

Er sorgte auch dafür, daß seine Verwundung überall bekannt wurde, und auch dem Täter zu Ohren kam, wie es ihm ergangen war.

Der jedoch war noch lange nicht befriedigt und schlug neue Wege ein, um den Feind zu treffen. Und er wußte wohl, wie er es anzustellen hatte.

Gerade im Herzen der Jagd, wo die Hirsche gepflegt werden sollten, fand der Aufseher nun Schlingen gestellt, das Wild heimtückisch zu erwürgen, und wenn er auf einem Baum saß, um den Lumpen abzufassen, krachte es an einer anderen Stelle, und bald fand er auch verluderte Körper von Rotwild. Fünf Stück waren es zuletzt.

Da bekam er auch einen heißen Rachedurst, und wie er eines Abends in der Dämmerung nach zahlreichen vergeblichen Nachtwachen und Gängen einen vermummten Kerl sah, und jener auf seinen Anruf das Gewehr hoch nahm, sandte er ihm mit fester Hand den Schuß groben Hagels hinüber, und als er ihn wie ein flüchtiges Wild durch das Gebüsch davonrascheln hörte, lachte er ingrimmig und sagte: Dem ist's vergangen, der kommt nimmer!

Er hatte auch keine Gewissensbisse, als er die Kunde vernahm, sein Feind sei im Walde mit einem Auge in den abgebrochenen Ast einer Fichte gestoßen, und es sei ihm ausgelaufen. Und nichts tat es ihm, als er weiter hörte, jener siehe dahin und habe es anscheinend auf der Lunge, denn er huste schwer. — Seine Hirsche hatten Ruhe, und er war quitt mit ihm.

Als er dann in den Krieg gezogen war, und der Luftdruck einer berstenden Miene ihm das Licht beider Augen genommen hatte, da hatte er nicht zu den Ergebenen gehört und lange mit seinem Geschick gehadert. Warum mußte gerade er, der für den Wald und die Jagd, die sein Leben gewesen waren, nun untauglich geworden, so schwer getroffen werden und erblinden? — Nach all dem zermürbenden Grübeln und Sinnen der Unglücklichen war er nach einer fiebernd verbrachten Nacht zwischen allerhand Vorstellungen aus seinem vergangenen Leben auch auf das Erlebnis mit jenem Hunde gekommen, und das war plötzlich erst zum Mittelpunkt und dann zum Abschluß seines Grübelns und Verzweifelns geworden. Es beruhigte ihn, daß er jetzt auch mit dem Hunde quitt sei, ja daß sein Unglück die Vergeltung für das sei, was er dem Tiere angetan hatte.

Warum sollen die Tiere weniger sein als die Menschen? sagte er. Ich halte es nicht mehr mit den Menschen, ich halt es mit den Tieren, die sind mir immer gerade so lieb gewesen. Er hatte seine Stube voll Vögel und mit seinem Sanitätshund teilte er Lager und Nahrung. Und sein Verkehr mit den Tieren ließ ihm so viel für die Menschen übrig, daß er friedlich und gelassen zu ihnen war, worüber sie sich nicht genug staunen konnten und ihn für einen guten und braven Menschen erklärten, ja, deswegen auch an ihm taten, was sie konnten. Er aber hatte seine Beruhigung und seinen festen Halt gefunden, von dem aus er sowohl denken als lieben konnte.

So einfach können menschliche Dinge sein, und ich möchte wissen, warum das nicht möglich sein sollte.

Kleines Feuilleton

Demokratisierung der Toilette in England. In England waren früher die Toilettenvorschriften sehr streng. Daß hierin ein Wandel eingetreten ist, geht aus einem Artikel der Weekly Dispatch hervor. Die Sitte, in Abendtoilette ins Theater zu gehen, wird kaum noch befolgt. Selbst auf den besten Plätzen überwiegen die Besucher, die mit gewöhnlichem Straßenanzuge bekleidet sind. Auch die Damen der Gesellschaft erscheinen im Theater nicht in großer Toilette. Die Haartracht ist denkbar einfach, der Zylinder der Herren fast ganz verschwunden. So hat der demokratische Zug der Zeit auch hier Gebräuche beseitigt, deren geringste Verletzung früher als unverzeihliche, gesellschaftliche Sünde erschien. (Na also! Die Red.)

Der Weltuntergang wieder einmal in Sicht. Mit einer erschrecklichen Prophezeiung wartet der armen Menschheit Dr. Milton A. Nobles, ein in Amerika angesehener Geologe und Erdbebenforscher aus Philadelphia, auf. Nach seiner Behauptung wird innerhalb von vier Wochen Südeuropa, Nordafrika und ganz Asien durch Erdbeben zerstört und die Bevölkerung vernichtet werden. „Die Katastrophe," so erklärte er, „braut sich gegenwärtig in den Kesseln von 70 in der Nähe von Budapest (?) gelegenen Vulkanen zusammen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß bei dem großen im Jahre 1766 erfolgten Ausbruch des Hekla auf der Insel Island der Lavaausfluß mächtig genug war, um die Erde mit einem rund 3 Meter tiefen und 70 Meter breiten Strom zu überfluten, so kann man sich einen Begriff von den unterirdischen Kräften machen, die zurzeit am Werk sind, sich einen Ausweg zur Oberfläche der Erde zu schaffen." — Man braucht sich durch die Prophezeiung des Amerikaners nicht allzu sehr schrecken zu lassen, hatte er doch schon früher die Voraussage gemacht, daß eine am 15. März einsetzende Erdbebenperiode einen großen Teil Europas verschwinden lassen werde. Seither wurden indessen nur in Italien und Serbien kleine Beben, die keinen Schaden anrichteten, registriert.

Die Mormonen haben der Vielehe entsagt. Die zurzeit in England befindlichen Sendboten der Mormonen sehen sich einer erbitterten Feindseligkeit der Bevölkerung gegenüber, die durch die Mitteilung, daß die Mormonen nach England gekommen sind, um junge Mädchen in das gelobte Land der Vielweiberei zu verschleppen, aufs Aeußerste erbittert ist. Zur Ehrenrettung der nach seiner Meinung zu Unrecht angegriffenen Mormonen hat der Sekretär des Arbeiter-Verbandes von Utah zur Feder gegriffen, um in der Neuyorker „Nation" feierlichst zu erklären, daß seit 10 Jahren die Vielweiberei nicht mehr besteht. Wenn wirklich einmal ein Fall von Vielehe zu konstatieren ist, so kann es sich nur um irgend einen alten Eigenbrödler handeln, der es sich nicht nehmen lassen will, die Frauen, die er einst gehabt hat, zu ernähren, damit sie nicht dem Hunger anheimfallen. Die Polygamie hat heute, wie er ausführt, den sog. „himmlischen Ehen" Platz gemacht, da nach dem Glauben der Mormonen erst nach dem Tode die himmlische Glückseligkeit erreicht wird, und zwar durch das Mittel der Vielehe; so gibt es im Mormonenstaat nicht wenig Männer, die sich, um sich des Rechts auf die himmlische Glückseligkeit nicht zu begeben, bereits verstorbene Frauen als Ehefrauen haben antrauen lassen. Dabei geschieht es auch, daß eine Verstorbene mehreren Ehemännern zugleich angetraut wird. Es handelt sich in Wahrheit hier um einen frommen Betrug, für den die Beseitigung der Vielehe den günstigen Boden geschaffen hat, und durch den sich der pfiffige Mormone klug das Himmelreich zu sichern gedenkt.

Die Sowjets als Juwelenhändler. Die Moskauer Regierung lebt, wie man weiß, schon seit langem nur noch vom Verkauf der Juwelen und Kunstschätze, die sie überall da enteignet, wo sie ihrer habhaft wird. Jetzt hat nach einer Meldung aus Stockholm die russische Delegation in Schweden dort ein besonderes Bureau eingerichtet, das lediglich dem Zweck dient, die aus den russischen Klöstern stammenden Juwelen und Kunstgegenstände möglichst vorteilhaft in bares Geld umzusetzen. Der Gesamtwert der Schätze, die man in Stockholm zu Geld machen will, beläuft sich auf rund 40 Millionen Goldrubel. Uebrigens beschäftigen sich auch die anderen Sowjetsgesandtschaften im Auslande angelegentlich mit dem Verkauf von beschlagnahmten Juwelen. Die Oberaufsicht über diesen blühenden Handel hat Frau Maxim Gorki, die ständig zu diesem Zweck in Europa hin- und herreist und häufig auch nach Berlin kommt, wo angeblich der beste Markt für Juwelen sein soll. In diesem Juwelenhandel sind nicht nur besondere Kuriere für die Ueberbringung der Kostbarkeiten, sondern auch die verschiedenartigsten Agenten, Kunstsachverständige und gewerbsmäßige Juwelenhändler tätig.

Eine Riesenschildkröte auf Hardings Speisezettel. Präsident Harding gab neulich im Weißen Hause ein Festmahl, von dem sicherlich niemand hungrig hinwegzugehen brauchte. Der Präsident hatte nämlich von einem Freund aus Indien eine Riesenschildkröte zum Geschenk erhalten, die die Kleinigkeit von 400 Pfund wog und nach Berechnung von Zoologen 500 Jahre alt sein sollte. Die Schildkröte, von der eine regelrechte Schildkrötensuppe für 300 Personen hergestellt wurde, wog also ungefähr so viel wie ein Schwein mittlerer Größe.

Wo ist der Zucker?

Deutschland ist vor dem Kriege ein Zuckerausfuhrland gewesen; in der Höhe seiner Zuckererzeugung wurde es lediglich von Kuba übertroffen. Dann kam der Krieg und die Zwangswirtschaft. Die Anbaufläche der Zuckerrüben ging auf 60% der Friedenszeit zurück, gewaltige Mengen Zucker wurden von der Regierung an das Ausland verkauft, um ausländische Zahlungsmittel für andere wichtige Rohstoffe zu erhalten. Dann kam die Nachkriegszeit, die Zwangswirtschaft wurde abgebaut, die Rübenanbaufläche stieg auf 83% der Friedenszeit und — der Zucker ist heute seltener denn je. Wieder stehen die Käufer an, bilden Schlange und ziehen nach einstündigem Warten enttäuscht von dannen, denn ehe sie noch an der Reihe sind, wird im Schaufenster schon ein Schild herausgehängt: Zucker ausverkauft! Wo ist der deutsche Zucker geblieben? In der „Gartenlaube" versucht Spectator diese Frage, die heute von den Lippen so vieler Hausfrauen ertönt, zu lösen, ohne freilich zu allzu ermutigenden Ergebnissen zu kommen.

Es ist ein allgemein verbreiteter Irrtum, daß die Zuckerzwangswirtschaft aufgehoben sei; sie ist es nur zur Hälfte. Die Zuckerkarte ist verschwunden, aber der Kleinhändler wird nach wie vor von einer Zentrale aus mit Zucker beliefert. Der letzte Verbraucher kann also ohne irgend welche behördliche Einschränkung seinen Zucker kaufen, wo und wieviel er will, nicht aber so der Händler. Zwischen ihn und die Fabrik schiebt sich der Staat. In die Hände des Staates geht also die gesamte Zuckerproduktion, und wenn dieser in nur ganz ungenügendem Ausmaße die Kleinhändler beliefert, so bleibt nur die eine Folgerung, daß der Staat Zucker in das Ausland verkauft. An sich wäre das eine Maßnahme, die man vornherein nicht abfällig kritisieren dürfte. Der Staat mag gewichtige Gründe hierfür haben. Während des Krieges ging ja auch ein großer Teil der deutschen Spargelernte in das Ausland, um Devisen zu erhalten. Es ist immerhin möglich, daß gerade das Zuckerexportgeschäft recht einträglich ist. Die Regierung stellt sich aber immer so, als ob sie nach dem Auslande keinen Zucker verkaufe, und aus diesem Grunde wäre es denn doch eine recht eigentümliche Tatsache, wenn wirklich vom Staat Zucker in nennenswertem Maße exportiert würde; wir leben schließlich doch nicht mehr in einer Zeit, wo man dem Untertanen, ob seines beschränkten Verstandes irgend welche Kenntnis von den von einer hohen Regierung getroffenen Maßnahmen zu geben aufs bestimmteste ablehnte.

Die Angabe einiger Zahlen läßt sich nicht vermeiden. 1914 erzeugte Deutschland 2 444 000 Tonnen Rüben- und Rohrzucker, von denen es aber nur die Hälfte verbrauchte, die andere Hälfte aber ausführte. Heute erzeugt Deutschland 83% seiner Friedensproduktion, wir müssen also, da wir früher nur 50% der Erzeugung verbrauchten, heute nicht nur ebenso reichlich zum eigenen Verbrauche Zucker haben wie im Frieden, sondern außerdem immer noch einen Ueberschuß zur Ausfuhr in der Höhe von 33% der Friedenserzeugung. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat erklärt, daß Frankreich und Italien bei den letzten Reparationsverhandlungen in Paris beantragt hätten, von Deutschland 300 000 Doppelzentner Zucker als Reparationslieferung zu verlangen. Es sei dem Ministerium aber gelungen, die Entente davon zu überzeugen, daß die Zuckererzeugung Deutschlands nicht einmal für den einheimischen Bedarf ausreiche und daraufhin sei der Antrag zurückgezogen worden. Man kann nicht annehmen, daß die deutsche Regierung der Entente lediglich die statistischen Unterlagen über die deutsche Zuckerproduktion gegeben hat, die der deutschen Oeffentlichkeit bekannt sind. Die oben wiedergegebenen Zahlen dürften Frankreich kaum davon überzeugt haben, daß in Deutschland Zuckermangel herrscht. Man wird vielmehr annehmen müssen, daß die Regierung der Entente reinen Wein eingeschenkt hat und ihr mitteilte, welche Mengen Zucker sie an das Ausland verkauft hat. Im Junibericht der Leipziger Handelskammer wird davon gesprochen, daß sich hartnäckig das Gerücht halte, daß die Regierung namentlich an die nordischen Länder beträchtliche Mengen Zucker ausführe und es wird für völlig ausgeschlossen erklärt, daß derartige Mengen, wie sie von dem deutschen Zuckermarkt verschwunden sind, wider Wissen und Willen der Regierung verschoben wurden. Die Regierung aber hüllt sich in ein beredtes Schweigen!

Es darf freilich nicht übersehen werden, daß beträchtliche Mengen Zucker in die Likörfabriken, Schokoladenfabriken, Marmelade- und Kunsthonigfabriken usw. wandern. Die in Deutschland herrschende Zuckerknappheit wird hierdurch allein aber noch nicht im entferntesten erklärt. Der Zucker aber, den wir erhalten, ist Auslandszucker, d. h. inländischer Auslandszucker! Denn wer sieht es dem Zucker an, wo die Rüben, aus denen er bereitet wurde, gewachsen sind? Der Verein der deutschen Zuckerindustrie erklärte auf seiner im Juni in München abgehaltenen Tagung, man solle den Preis für Inlandszucker von 1000 auf 1300 Mark pro Zentner erhöhen, denn „sämtlicher Inlandszucker komme ja doch als Auslandszucker zum Konsum." Und dann wird erklärt, daß wir im nächsten Jahre die Weltmarktspreise erreicht haben werden, und daß die Aussichten der nächsten Zuckerernte wenig günstig seien, obwohl die Anbaufläche der Zuckerrüben abermals um 7,5% vergrößert worden sei. Aus alledem geht hervor, daß Deutschland, das größte Zuckerland Europas erst dann wieder ausreichend Zucker zum eigenen Bedarf haben wird, wenn die Weltmarktspreise restlos erreicht sind, denn erst dann wird es der Regierung nicht mehr möglich sein, aus der Zuckerausfuhr ein gutes Geschäft zu machen.

Humor.

Schlagender Beweis: Turnlehrer: „Es gibt nichts, was den Körper so gut entwickelt und das Leben so verlängert wie das Turnen."

Ein Schüler: „Aber unsere Vorfahren kannten doch das Turnen gar nicht." Turnlehrer: „Das ist wahr, aber — — Du siehst ja auch, wohin das führte: sind sie nicht allesamt gestorben?"

*

Vererbungstheorie. Sie: „Zuweilen bist du richtig männlich, Harald, sodaß ich dich fast bewundern muß; dann aber bist du wieder weichlich wie eine Frau."

Er: „Das ist sicherlich vererbt; denn die eine Hälfte meiner Vorfahren waren Männer, die andere Hälfte waren Frauen."

*

Die fürsorgliche Gattin. Ein Mann kommt abends nach Hause und findet das Tor verschlossen. Seinem wiederholten Klopfen öffnet niemand. Schließlich bleibt ihm nichts übrig, als sich durch ein Fenster zu zwängen, was ihm mit großer Mühe gelingt. Aergerlich stürzt er ins Eßzimmer und findet dort einen Zettel seiner Frau mit folgenden Worten: „Ich bin ins Kino gegangen; der Schlüssel liegt unter der Fußmatte vor der Tür."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg